

Wirtschaft/Tourismus/Verkehr : „Grundsätze und Massnahmen“

Um der sehr besorgniserregenden Ausgangslage in unserem Kanton gewachsen zu sein und auch in Zukunft ein Graubünden mit prosperierender Wirtschaft zu bleiben – letztlich ist immer sie die Grundlage für den Wohlstand der Bevölkerung - ist die Politik gefordert wie kaum zuvor. Die SVP Graubünden will deshalb, dass gestützt auf folgenden drei **Grundsätzen**, möglichst rasch und wirkungsvoll, Massnahmen ergriffen werden.

- I. Gute Rahmenbedingungen für Unternehmen
- II. Verbesserte Verkehrserschliessung
- III. Touristische Förderung

I. Gute Rahmenbedingungen für Unternehmungen

Es ist schnell ein unternehmerfreundlicher Rahmen zu schaffen, der freies Unternehmertum wieder zulässt bzw. dieses fördert.

Die SVP Graubünden fordert

- Abbau von Bürokratie
 - Raschere und einfache Bewilligungsverfahren sind gefordert (die Behörde muss lernen, Gesuche zu bewilligen, statt zu verhindern).
- Senkung von Steuern und Abgaben
 - Steuern und Abgaben sind zu senken und auf gar keinen Fall –auch nicht versteckt z.B. in Form von Lenkungsabgaben etc. - zu erhöhen
 - Weiter darf es nicht sein, dass via Steuern und Abgaben den gutgehenden Betrieben Mittel entzogen werden, welche diese für ihre erfolgreiche Tätigkeit dringend benötigen, um sie dann an schlecht wirtschaftenden Unternehmungen zu verteilen.
- Senkung der Energiekosten
 - Die Energiekosten dürfen für unsere Unternehmen keinesfalls steigen. Es sind von der Politik Rahmenbedingungen zu schaffen, welche diesem Trend entgegenwirken
 - Es sind Modelle zu entwickeln, wonach der Stromkanton Graubünden seine Energie zur Stärkung der eigenen Wirtschaft besser einsetzt.
- Dezentale Ansiedelung von Betrieben in Graubünden (Bündner Rheintal, Prättigau) mittels Bereitstellung von günstigem Land.

II. Verbesserte Verkehrserschliessung

- Die Verkehrspolitik ist darauf auszurichten, dass die Erreichbarkeit - insbesondere der touristischen Destinationen - markant verbessert wird. Jetzt geht es darum, im Rahmen einer geschlossenen Offensive zuhanden vom Bundesbern, klare Forderungen für eine Gleichbehandlung unseres Kantons im Vergleich mit anderen Kantonen bei der Verkehrserschliessung zu stellen:
 - Die Verbindungen ins Ausland (Strassen- und Bahnverbindungen sind weiterzuführen).
 - Petition an die Regierung: Die Bündner Regierung soll sich dafür verwenden, dass Graubünden wieder eine TGV Verbindung bekommt und insbesondere Hochgeschwindigkeitsverbindungen in den deutschen Raum.
 - Die Naherschliessung von touristischen Regionen ist zu fördern (u.a. St. Luzibrücke – Verbindung Chur, Schanfigg, Arosa etc)

III. Touristische Förderung

- Im Bereich der touristischen Förderung ist von der heute praktizierten breit angelegten Streusubvention abzuweichen. Vielmehr sollen weniger Projekte dafür diese wirksamer und stärker unterstützt werden. TRADITIONEN sind im Rahmen eines aktiven Kulturprogrammes zu fördern. (Volksmusik, Gesang, Chor). Entscheidend für die Beurteilung ist der erwartete Impuls auf das Gästeaufkommen in unserem Kanton. Weniger Projekte, weniger Beamte, dafür nachhaltigere Projekte muss die Devise lauten.
- Arbeitsauftrag an die Parteileitung der SVP Graubünden:
 - neue Abschreibungsätze in der Gastronomie überprüfen, um steuerliche Entlastung zu erzielen.
 - Eruierung von möglichen neuen Finanzierungslösungen für die Hotellerie
 - Leuchttürme für Graubünden: Die SVP Graubünden überprüft, ob eine Neulancierung des Projekts Porta Alpina unterstützungswürdig ist und.
- Auftrag an die Fraktion SVP Graubünden:
 - Liegenschaftsteuer: Umteilung der Hotellerie von der höchsten Besteuerungskategorie zu einer tieferen.
 - Vorstoss Senkung der Bundessteuer in Graubünden zwecks Entlastung nach Entscheid Zweitwohnungsinitiative.

Sicherheit in Graubünden: Massnahmen

Die Alternativen Grossräte fordern, dass die Polizei bei ihrer Arbeit unterstützt wird, damit die Sicherheit in Graubünden massiv verstärkt wird. Ein Ja zur Asylgesetzrevision ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Eine Schlüsselfunktion bei der Verschärfung des Strafrechts haben die Richterinnen und Richter inne. Gegenwärtig sorgen oft nur schwer verständliche Richtersprüche und Urteile für grossen Unmut in der Bevölkerung. Der Besetzung von Richterstellen mit fähigen Personen ist vermehrt Achtung zu schenken. Die Teilnehmenden des „Alternativen Grossen Rates“ beauftragen in der Folge die SVP Parteileitung den Vorschlägen zur Besetzung von Richterstellen grösste Beachtung zu schenken, zudem wurden die Bündner Delegierten des SVP Zentralvorstandes beauftragt, diese Problematik auch bei der SVP Schweiz einzubringen.